

Region

Aus dem Stadtrat

Biels Kulturinstitutionen unter Druck

Weil die Kultursubventionen seit 2016 nicht der Teuerung angepasst wurden, steht diese zunehmend vor finanziellen Herausforderungen. Ein Bericht zeigt nun die Ausmasse und mögliche Lösungen.

Simon Leray

Der Bieler Stadtrat hat am Mittwoch einen Bericht des Gemeinderats zur Kulturfinanzierung diskutiert. Der Bericht beantwortet zwei Postulate aus den Jahren 2023 und 2024 und soll als Grundlage für die künftige Kulturpolitik dienen.

Hintergrund der beiden parlamentarischen Vorstösse war der Wunsch nach mehr Transparenz: Bislang wurde der Stadtrat jeweils vor vollendete Tatsachen gestellt, wenn es um die Leistungsverträge mit den Kulturinstitutionen ging. Das Parlament wollte eine Übersicht, bevor die nächsten Verträge für die Periode 2028–2031 ausgehandelt werden. Der Gemeinderat hat dafür Analysen durchgeführt und externe Studien in Auftrag gegeben.

Die Zahlen zeigen: Die Stadt Biel unterstützt zehn Kulturinstitutionen von regionaler Bedeutung mit jährlich 8,6 Millionen Franken. Zu den grössten Empfängern gehört das Theater Orchester Biel Solothurn (Tobs) mit knapp vier Millionen Franken, gefolgt vom Neuen Museum Biel, dem Kunsthaus und dem Nebia. Dazu kommen 20 Institutionen von lokaler Bedeutung mit rund 700'000 Franken sowie Beiträge an die freie Kulturszene von knapp einer Million Franken.

Strukturelle Schwächung

Das Problem: Seit 2016 wurden die Subventionen nicht mehr angepasst. Der Gemeinderat spricht von einer «strukturellen Schwächung» durch steigende Energie-, Versicherungs- und Lohnkosten. Einige Institutionen melden strukturelle Defizite. Besonders prekär sei die Situation beim Tobs: Weder Solothurn noch der Kanton Bern sind bereit, mehr zu zahlen. Das Theater muss seinen Finanzplan überarbeiten.

Der Gemeinderat hat vier Finanzierungsvarianten für alle Kulturinstitutionen von regionaler Bedeutung durchgespielt: von einer «Fokus auf Kultur»-Variante mit 10,3 Millionen Franken über verschiedene Teuerungsanpassungen (9,1 bis 9,3 Millionen) bis zu Kürzungen auf 7,4 Millionen Franken. Ein Teuerungsausgleich würde je nach Berechnungsmethode zwischen 523'000 und 840'000 Franken pro Jahr kosten. Kürzungen würden laut Bericht zu Leistungsabbau, Verlust von Partnerfinanzierungen und möglicherweise zu Schliessungen führen.

Eine vom Institut Crea durchgeführte Studie zeigt die wirtschaftliche Bedeutung: Die Kulturinstitutionen würden eine Wertschöpfung von 34 Millionen Franken generieren und 250 Arbeitsplätze schaffen. Pro investiertem Franken entstünden 3,9 Franken wirtschaftlicher Nutzen. Ein zweites Barometer zur Zweisprachigkeit sagt, dass die Institutionen für Biels zweisprachige Identität zentral seien – der Mehraufwand dafür aber nicht ausreichend anerkannt werde.

Viel Lob in der Debatte

In der Debatte lobte die Aufsichtskommission die Professionalität des Berichts und empfahl einstimmig die Annahme. Vera Urweider (Zukunft Biel/Mitte) von der Kulturgruppe des Stadtrats betonte, der Bericht sei eine Basis, aber noch keine fertige Strategie. «Wir können heute nicht über Finanzierungsszenarien entscheiden», sagte sie. Wichtig sei, dass der Teuerungsausgleich nicht ausbleibe. Die Kulturgruppe sei in regem Austausch mit der Kulturdirektion und dem Dachverband Aaac.

Die Grünen hoben die soziale Bedeutung hervor. Manuel Stöcker erinnerte daran, dass etwas mehr Geld für Kultur kein Luxus sei: «Wir sprechen über Teilhabe und faire Arbeitsbedingungen.» Die SP forderte mehr Mittel, damit auch Nicht-Gutverdienende von Kultur profitieren könnten. «Der Kultur steht das Wasser mindestens bis zum Hals», sagte Co-Präsident Julian Meier.

Die GLP begrüsst, dass das Parlament mit dem Bericht nun erstmals eine Arbeitsgrundlage habe. Die PSR erinnerte daran, dass Biel zu den Städten gehöre, die pro Kopf am wenigsten in Kultur investieren. Der PRR unterstützte den Bericht, mahnte aber Verantwortung im Kontext von Substance+ an. Und die SVP fragte, warum die Kultur von Sparmassnahmen verschont werden solle, wo doch alle von der Teuerung betroffen seien.

Kulturdirektorin Anna Tanner (SP) zeigte sich zufrieden: «Wir wollen gar nicht mehr oder anderes, sondern das, was wir haben, absichern.» Auch wenn man in einer Substance-Phase sei, wären die Mittel für Kultur «immer noch nicht immens».

Der Gemeinderat will im Januar 2026 ein Geschäft zum finanziellen Rahmen für die Leistungsverträge 2028–2031 vorlegen. Dann muss entschieden werden, welche der vier Varianten verfolgt wird.

Deutliches Ja zur Sanierung der Kita Mett für 6,3 Millionen Franken

Auch die Sanierung der Kita Mett stand auf der Traktandenliste. Das Geschäft war grösstenteils unbestritten: Die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen lobten den Gemeinderat für die kostenbewusste Lösung des 6,3-Millionen-Projekts und waren sich einig, dass es in Mett eine städtische Kita braucht. Für Aufregung sorgte eine Aussage von FDP-Fraktionschef Andreas Sutter. Siri Ryser von der SP sagte während ihrer Rede, Kindererziehung sei keine private Angelegenheit, sondern eine gesellschaftliche. Sutter stiess dieser Satz sauer auf: «Spinnt diese Frau?» Es blieb aber bei empörten Zwischenrufen. Am Ende wurde das Geschäft mit 48 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme und fünf Enthaltungen deutlich angenommen. Die Vorlage kommt im März 2026 vors Volk.

Zwei Millionen Franken mehr für Aufräumarbeiten bei den Einwohner- und Spezialdiensten

Der Stadtrat hat zwei Kredite von insgesamt 2 Millionen Franken für den Bereich Einwohner- und Spezialdienste mit 52 Ja-

Stimmen und einer Enthaltung bewilligt. Die Direktion von Natasha Pittet (PRR) benötigt erneut zusätzliche Mittel, um den Rückstand in der Migrationsabteilung aufzuholen und in der Abteilung aufzuräumen.

Die Aufsichtskommission stimmte einstimmig zu, und zeigte Verständnis für die zu optimistischen Prognosen des Finanzbedarfs in der Vergangenheit. Die Datengrundlage für den Entscheid sei schlecht gewesen, das erschwere eine genaue Evaluation des Finanzbedarfs. Der PSR äusserte Zweifel, ob nicht 2026 wieder Kredite nötig würden, die Grünen erinnerten daran, dass die Probleme struktureller Natur seien und seit 2017 nur «Pflaster» geklebt worden seien. Die SP machte den damals zuständigen Gemeinderat Feurer und dessen Sparmassnahmen verantwortlich, die FDP hoffte, dass dies das letzte Mal sei.

Pittet erklärte, der Rückstand sei von 3300 auf 1400 Fälle reduziert worden, pro Woche kämen aber 250 bis 400 neue Dossiers. Eine neue Chefin sei ernannt worden. Sie könne aber nicht garantieren, nie mehr Kredite zu beantragen.